

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld

Referatsleitung Personal Jens Müll

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hanseemann

Rechnungsprüfungsamt Bernd Broszeit

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Finanzen Jörg Engesser

Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Bauordnungsamt Nikša Marušić

Geschäftsführerin Reinhard-Nieter-Krankenhaus Andrea Aulkemeyer

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Petra Kolbe

Gast

Dirk Greskowiak - Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 19

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6	Antrag der Gruppe BASU/Hammadi auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	526/2013
7.1	Änderung der Dezernatsstruktur	243/2013
8.1.1	Antrag der WBV-Fraktion auf Sanierung des Umkleideraumes der Handballer des WHV in der Nordfrost-Arena	517/2013
8.1.2	Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 6 Mitglieder für die Wahlperiode 2016 bis 2021	182/2013
8.1.3	Neufassung der Gebührensatzung des Stadtarchivs	192/2013
8.1.4	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	214/2013
8.1.5	Jahresabschluss 2011 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters	216/2013
8.1.6	Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2014	221/2013
8.2.1	69. Änderung des Flächennutzungsplans 1973-Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen-Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss	222/2013
8.2.2	Bebauungsplan Nr. 219-Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	224/2013
8.2.3	72. Änderung des Flächennutzungsplans 1973-Logistikpark Langewerth-Entwurfsbeschluss	223/2013
8.2.4	Bebauungsplan Nr. 174-Logistikpark Langewerth-Entwurfsbeschluss	225/2013
8.2.5	Planung von zwei Campingplätzen am Banter See	208/2013
8.2.6	Antrag der Gruppe Grüne/WBV auf Aufhebung des Ratsbeschlusses zum gemeinsamen Antrag Nr. 508/2013 der Fraktionen CDU und SPD: "Stopp Durchbau Jadeallee"	525/2013
8.3.1	Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	213/2013
8.3.2	Änderung der Marktgebührensatzung	218/2013
8.4.1	Genehmigung des Wirtschaftsplans 2013 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus-Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen (RNK – Eigenbetrieb)	241/2013
8.5.1	Verordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung	183/2013
8.5.2	Zustimmung zur Übernahme der Erschließungsanlagen für die Entsorgung von Schmutz- und Oberflächenwasser im Bereich des JadeWeserPorts	239/2013
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10.1	Anfrage Gruppe Grüne/WBV zum Thema "Gutachten zu den Auswirkungen kommunaler Strukturveränderungen der Stadt Wilhelmshaven und des Landkreises Friesland im Rahmen eines Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen"	527/2013

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser teilte mit, Herr Becker habe den Antrag der WBV-Fraktion auf Sanierung des Umkleideraums der Handballer des WHV in der Nordfrost-Arena, Tagesordnungspunkt 8.1.1, zurückgezogen. Somit könne dieser Punkt entfallen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.09.2013

Herr Hellwig bat, auf S. 11 des Protokolls vom 18.09.2013 bei der Aussage von Herrn Kottek nach dem Wort „damit“ die Worte „*seiner Meinung nach*“ einzufügen.

Nachdem das Anliegen kurz zwischen den **Herren Biehl, Hellwig** und **Stoffers** diskutiert worden war, wurde das Protokoll inklusive der Änderung genehmigt:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

(bei Enthaltungen von Frau Gastmann und Herrn Jeschke, beide SPD-Fraktion sowie Herrn Büscher, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.09.2013 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Auf Antrag der BASU-Fraktion wurde eine aktuelle Stunde zum Thema „Informationspolitik der Verwaltung“ durchgeführt. Im Rahmen dessen bemängelte **Frau Weinstock** am Beispiel der geplanten Ansiedlung „Jetport City“ die fehlende Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie gegenüber dem Rat.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Antrag der Gruppe BASU/Hammadi auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

526/2013

Frau Ober-Bloibaum trug den Antrag der Gruppe BASU/Hammadi auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien vor.

Anschließend wurde zwischen **Herrn Hellwig, Frau Weinstock, Herrn Hammadi** und **Herrn Stoffers** über die Wahl des Gruppennamens diskutiert, der nach Meinung von Herrn Hellwig nicht korrekt die tatsächliche Besetzung, nämlich BASU und Linke, widerspiegele. Frau Weinstock sowie Herr Hammadi erläuterten die Beweggründe zur Wahl des Gruppennamens. Herr Stoffers bestätigte, diese Art der Bezeichnung sei zwar nicht üblich und mache die Besetzung für Außenstehende nicht nachvollziehbar, dennoch stehe der Bezeichnung aus rechtlicher Sicht nichts entgegen.

Frau Glaser informierte, mit Schreiben vom 13.10.2013 habe die BASU-Fraktion mitgeteilt, dass sie gemeinsam mit Herrn Al Chafia Hammadi die Gruppe „BASU/Hammadi“ bilde. Diese Änderung trete gem. § 21 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Rates ab dem 14.10.2013 mit dem Eingang der Anzeige in Kraft. Aufgrund der Änderung des Verhältnisses der Stärke der Fraktionen/Gruppen im Rat und des vorliegenden Antrages seien nunmehr die Ausschüsse neu zu besetzen und die Ausschussvorsitze neu zu greifen. Von der Neubildung seien die mit 6 bzw. 9 Ratsmitgliedern besetzten Ausschüsse betroffen.

Sie schlug anschließend vor, den erforderlichen Beschluss über die Sitzverteilung und die namentliche Benennung der Mitglieder nach der Bildung sämtlicher Ausschüsse zu fassen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Im Folgenden benannten die Fraktionen die Mitglieder der Ausschüsse entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung. *Dabei wurden lediglich die Änderungen vorgetragen, die sich gegenüber der derzeitigen Sitzverteilung ergeben.*

Betriebsausschuss Krankenhaus

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Helga Weinstock (Vertreterin: Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum)

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Frank Uwe Walpurgis (Vertreter: Ratsherr Horst Dieter Walzner)

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum (Vertreterin: Ratsfrau Helga Weinstock)

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Horst Dieter Walzner (Vertreter: Ratsherr Frank Uwe Walpurgis)

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Jugendhilfeausschuss

Es wurde benannt:

Gruppe Grüne/WBV

Ratsfrau Katja Breuer (Vertreter: Ratsherr Peter Sokolowski)

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsherr Al-Chafia Hammadi (Vertreterin: Ratsfrau Helga Weinstock)

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Horst Dieter Walzner (Vertreter: Ratsherr Frank Uwe Walpurgis)

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Helga Weinstock

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Frank Uwe Walpurgis

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Ausschuss für Planen und Bauen

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Helga Weinstock

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Horst Dieter Walzner

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Frank Uwe Walpurgis

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Ausschuss für Sport und Kultur

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Frank Uwe Walpurgis

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Horst Dieter Walzner

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Schulausschuss

Es wurde benannt:

Gruppe Grüne/MBV

Den 2. Sitz neben Herrn Biehl nimmt

Ratsherr Peter Sokolowski (Vertreterin: Frau Sigrid Linsen-Steiner) wahr.

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Helga Weinstock (Vertreter: Ratsherr Al-Chafia Hammadi)

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Horst Dieter Walzner (Vertreter: Ratsherr Frank Uwe Walpurgis)

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

Änderungen in der **Sitzverteilung der Gremien** (Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen, Verwaltungsrat Sparkasse etc.) ergaben sich nur für den mit 6 Ratsmitgliedern besetzten **Aufsichtsrat der „WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH“** und den mit 7 Ratsmitgliedern besetzten **VHS-Beirat**:

Aufsichtsrat WFG

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum

Grundmandat UWG-Fraktion *

Ratsherr Horst Dieter Walzner

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

VHS-Beirat

Es wurde benannt:

Gruppe BASU/Hammadi

Ratsherr Al-Chafia Hammadi

Von der **CDU-Fraktion** wurde Ratsfrau Brigitte Klee aus dem Ausschuss abgezogen.

Die übrigen Sitze blieben unverändert.

* Bezüglich der **Besetzung der Grundmandate für die UWG-Fraktion**: siehe Information von Frau Glaser am Ende des öffentlichen Teils, im Anschluss an die Einwohnerfragestunde (S. 19 unten).

Über die Bildung der Ausschüsse wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss (einstimmig, bei 2 Enthaltungen: UWG-Fraktion):

Der Bildung der Ausschüsse in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

Frau Ober-Bloibaum trug für die Gruppe BASU/Hammadi anschließend folgende **Umbesetzungen** vor:

Grundmandat Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

Ratsfrau Helga Weinstock (Vertreter: Ratsherr Al-Chafia Hammadi)

Grundmandat Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung

Ratsfrau Helga Weinstock (Vertreterin: Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum)

Auf die Nachfrage von **Frau Ober-Bloibaum**, ob eine Mitarbeit von Herrn Hammadi in der **Arbeitsgruppe Extremismus** möglich sei, erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, diese sei aufgrund eines Ratsbeschlusses gegründet worden, welcher bei Bedarf durch einen entsprechenden Antrag geändert werden müsse.

Auch über die Umbesetzungen wurde abschließend abgestimmt:

Beschluss (einstimmig, bei 2 Enthaltungen: UWG-Fraktion):

Der Umbesetzung der Ausschüsse in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 Änderung der Dezernatsstruktur **243/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 28.10.2013 vor.

Herr Stoffers erläuterte die zukünftige Dezernatsstruktur. Er führte weiter aus, mit der vorgelegten Dezernatsstruktur werde konsequent fortgeführt, was im Dezember 2012 bereits schon vorgelegt worden sei. Damals wurde die Verwaltung ermächtigt, auf der Ebene der Dezernenten bzw. der Ebene der Referatsleiter entsprechende Ausschreibungen vorzunehmen und zwar hinsichtlich der Referate „Personal“ und „Finanzen“. Die Besetzung der Stelle des Referatsleiters „Personal“ sei erfolgreich gewesen, wo hingegen die Stelle „Referatsleitung Finanzen“ trotz öffentlicher Ausschreibung nicht besetzt werden konnte. Deswegen wurde eine neue Dezernatsstruktur entwickelt, die insbesondere auch den weiteren Weggang von Dezernenten, nämlich von Herrn Dr. Graul und von Herrn Kottek Anfang 2014, berücksichtige. Auf der Ebene der Wahlbeamten verbleiben damit lediglich der Oberbürgermeister und der Erste Stadtrat und auf der Ebene darunter sollen sieben Referate eingerichtet werden. Die Struktur könne sich jedoch im Rahmen der Restrukturierung der Gesellschaften verändern. Im neuen Stellenplan würden daher zwei Leerstellen behalten werden, zum einen in der B-Besoldungsstufe und zum anderen auf der Ebene A 15 um in Bezug auf die die Restrukturierung der Gesellschaften die notwendige Flexibilisierung zu erhalten.

Herr Dr. von Teichman zeigte Verständnis für die Notwendigkeit einer Neustrukturierung aufgrund des Ausscheidens zweier Dezernenten, hielt aber die vorgelegte Version für nicht optimal: Zum einen könne und dürfe seines Erachtens nach nicht auf die Stelle eines Kämmerers verzichtet werden. Der Rat habe im letzten Jahr beschlossen, diese Stelle zunächst auf Referatsebene auszuschreiben und in einem weiteren Schritt auf Dezernentenebene. Die Ausschreibung auf Dezernentenebene fehle ihm hier. Eine solche Stelle sei angesichts der bestehenden Finanzprobleme und der unüberschaubaren Beteiligungsstruktur der Stadt dringend erforderlich. Dies könne der Oberbürgermeister zusätzlich zu seinen zahlreichen anderen Aufgaben seiner Meinung nach nicht leisten. Zum anderen könne er die Trennung von Bauordnung und Stadtplanung sowie die Zuordnung des Umweltbereiches zur Bauordnung nicht nachvollziehen. Desweiteren verwundere ihn das Fehlen eines Kulturamtes einerseits aber die Einrichtung eines „Kulturbeauftragten“ andererseits auf dem neuen Entwurf. Als letzten Punkt bemängelte Herr Dr. von Teichman die Einrichtung von sieben Referatsleitern mit der entsprechenden Besoldung. Hier stelle sich ihm die Frage, wie auf diese Weise Einsparungen erzielt werden könnten.

Frau Weinstock stimmte Herrn Dr. von Teichman im letzten Punkt zu und äußerte ihre Befürchtung dahingehend, dass die neue Lösung sogar noch teurer würde als die bisherige. Darüber hinaus stelle sich ihr die Frage, wozu ein „Kulturbeauftragter“ benötigt werde, zumal die Kulturlandschaft sehr gut mit entsprechenden Fachkräften besetzt sei.

Herr von den Berg zeigte sich irritiert über die vorgelegte Aufteilung im Bereich „Kultur“ aber auch über die Zuordnung von „Umwelt“ zum Bauordnungsamt im Referat 2. Dies bitte er zu überdenken.

Herr Stoffers erklärte, die Bereiche „Bauordnung“ und „Umwelt“ sollten künftig nicht nur in einem gemeinsamen Referat untergebracht sein, vielmehr zeige die Organisationsentwicklung, dass möglicherweise beide Bereiche aufgrund ihrer fachlichen Nähe zu einem Fachbereich zusammengelegt werden sollten.

Anschließend nahm Herr Stoffers Stellung zu den Kosten des vorgelegten Entwurfs: Drei der sieben Referatsleiterstellen würden vom Oberbürgermeister bzw. ihm selbst wahrgenommen. Drei weitere Stellen würden durch bereits vorhandene Fachbereichsleitungen, bei denen in zwei Fällen nur eine entsprechende Höhergruppierung zu zahlen wäre, geleitet und nur in einem Fall sei eine Neueinstellung vorgenommen worden. Dies führe insgesamt zu Einsparungen von ca. 230 bis 240 T€ im Jahr gegenüber der derzeitigen Situation.

Herr Hellwig betonte, dass die Verschlinkung der Verwaltungsspitze als eine logische Konsequenz aus dem Bevölkerungsrückgang und der Verkleinerung der Verwaltung zu sehen sei. Die Reduzierung der Dezernentenstellen von vier auf zwei sei daher eine korrekte Entscheidung. Seiner Meinung nach fehle, im Gegensatz zu den von Herrn Dr. von Teichman geäußerten Bedenken, die Stelle eines Kämmerers nicht. Er halte den Entwurf für gelungen, gravierende Fehler seien nicht erkennbar. Seine Fraktion werde diesem daher zustimmen.

Herr Dr. von Teichman verwies nochmals auf den Ratsbeschluss, laut dem eine Dezernentenstelle für den Fall ausgeschrieben werden solle, dass kein passender Referatsleiter für den Bereich „Finanzen“ gefunden werden könne. Er frage sich, warum dieser Schritt nicht unternommen worden sei. Seines Erachtens sei ein Kämmerer unbedingt notwendig. Er warne vor einem solchen Schritt, da diese Einsparung hauptsächlich zu Lasten der nachgeordneten Mitarbeiter gehe.

Darüber hinaus stelle sich ihm die Frage, welcher Ausschuss denn künftig für die Bauordnung zuständig sei.

Oberbürgermeister Wagner erklärte in Richtung der Einwände von Herrn Dr. von Teichman, dass auch für die nachgeordneten Ebenen künftig etwas getan werden müsse. Daher werde der Stellenplan im Rahmen des Nachtragshaushaltes entsprechend angepasst. Ebenso bleibe die Stelle für den Kämmerer im Stellenplan enthalten. Da sich aber derzeit nicht abzeichne, einen passenden Bewerber zu finden, solle zunächst die Umstrukturierung des Konzerns Stadt angegangen und dafür die Beteiligungsverwaltung verstärkt werden. Anhand dieses Ergebnisses würde dann über die weiteren Stellenbesetzungen entschieden.

Frau Ober-Bloibaum bat um Auskunft, warum die Stelle des Kulturbeauftragten nicht ausgeschrieben worden sei.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass es derzeit weder eine detaillierte Stellenbeschreibung noch eine vertragliche Gestaltung in irgendeiner Form gebe. Diese Stelle müsse jedoch durch ein Vertragsverhältnis zwischen der Stadt und dem betroffenen Mitarbeiter begründet werden. Bevor es dazu komme, werde der

Vertragsentwurf durch den Personal- und den Verwaltungsausschuss vorbereitet. Dort bestünde dann die Gelegenheit, die Fragen zu Stelleninhalt oder Ausschreibung zu erörtern. Geplant sei aber, die Stelle mit Herrn Dr. Graul zu besetzen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** machte **Herr Stoffers** darauf aufmerksam, dass für eine Übergangsphase der Kulturbeauftragte die Aufgaben des Kulturbereichs wahrnehme.

Herr Becker zeigte sich irritiert hinsichtlich der Planungen für den „Kulturbeauftragten“. Auch vermisste er die Einbindung des Gesamtpersonalrates oder des Personalausschusses bei den Planungen für die heute vorgelegte Dezernatsstruktur.

Oberbürgermeister Wagner betonte, es gehe bei der heutigen Entscheidung allein um die Veränderung der Dezernatsstruktur. Darüber hinaus gebe die Verwaltung als zusätzliche Information einen Überblick darüber, wie man sich die Aufteilung darunter vorstelle. Innerhalb der bestehenden Struktur gebe es zudem zahlreiche Stellen, die weder ausgeschrieben, noch besetzt seien, wie eben auch die des zukünftigen „Kulturbeauftragten“. Alle Stellen, die zu besetzen seien, müssten als Ausnahme vom Einstellungsstopp im Personalausschuss beraten und im Verwaltungsausschuss beschlossen werden, dies werde auch mit der Stelle „Kulturbeauftragter“ geschehen. Dies sei jedoch nicht in der heutigen Sitzung der Fall.

An der weiteren Diskussion zum Thema beteiligten sich **Herr Walpurgis, Oberbürgermeister Wagner, Herr Prof. Reuter, Frau Weinstock, Herr Dr. von Teichman, Herr Biehl, Herr Debring** sowie **Herr Sokolowski**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi; FDP und 1 Enthaltung, Herr Walzner, UWG-Fraktion)

1. Der Rat beschließt im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz den anliegenden Dezernatsverteilungsplan.
2. Die unterhalb der Dezernatsebene liegende Geschäftsverteilung, die zum Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters gehört, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

8.1.1 Antrag der WBV-Fraktion auf Sanierung des Umkleideraumes der Handballer des WHV in der Nordfrost-Arena **517/2013**

zurückgezogen

8.1.2 Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 6 Mitglieder für die Wahlperiode 2016 bis 2021 **182/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 28.10.2013 vor.

Frau Ober-Bloibaum zeigte sich erfreut, dass mit diesem Beschlussvorschlag nunmehr die langjährige Forderung der BASU erfüllt worden sei.

Auf einen Einwand von **Herrn Sokolowski** hin erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, es gehe beim vorgelegten Beschlussvorschlag um die Umsetzung der

Kommunalverfassung in der Stadt Wilhelmshaven, von der der Rat betroffen sei. Von einer Veränderung der Gebietskörperschaften hingegen sei die Stadt als strukturelles Gebilde überhaupt nicht betroffen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Satzung über die Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 6 Mitglieder für die Wahlperiode 01.11.2016 bis 31.10.2021 wird beschlossen.

8.1.3 Neufassung der Gebührensatzung des Stadtarchivs

192/2013

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 28.10.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Neufassung der Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Wilhelmshaven in der beigefügten Form.

8.1.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat

214/2013

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 28.10.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwendender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Schulverein GTS Rüstersiel e. V. Herr Weiß, Helaweg 1, 26388 Wilhelmshaven	5.000,00 €	Beteiligung am Spielgerät für den Schulhof der GTS Rüstersiel (Kletter- und Seilgarten)
2. Fördergesellschaft des Lions Clubs	3.000,00 €	Unterstützung der 12-tägigen Präventionsseminare des 9. Jahrgangs im Herbst 2013 am Neuen Gymnasium Wilhelmshaven

8.1.5 Jahresabschluss 2011 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters

216/2013

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 28.10.2013 vor.

Herr Hellwig brachte für die Fraktionen CDU und SPD folgenden **gemeinsamen Änderungsantrag** ein:

*„Der Beschlussvorschlag wird unter Ziffer 3 um einen weiteren Satz ergänzt:
Die Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters Menzel für das Haushaltsjahr 2011 wird, wie zuvor bereits für die Haushaltsjahre 2009 und 2010, vertagt.“*

Oberbürgermeister Wagner dankte den zuständigen Kollegen beim Fachbereich Finanzen sowie im Rechnungsprüfungsamt für die zügige Abarbeitung des Rückstandes bei den Jahresabschlüssen. Dennoch gebe es auch weiterhin noch einiges zu tun. So stehe unter anderem der erste konsolidierte Abschluss ins Haus. Hier wolle er besonders für die engagierte Vorbereitung unter der Federführung von Herrn Engesser ausdrücklich danken. Die diesen Abschlüssen

zugrunde liegenden Inhalte seien vielfach leider weniger angenehm, wie jüngst beim Krankenhaus gesehen. Dennoch sehe er die Stadt hier auf einem guten Weg.

Herr von den Berg signalisierte die Zustimmung der Gruppe und bedankte sich ebenfalls für die zügige Abarbeitung, auch wenn die Inhalte vielfach Anlass zur Sorge böten. Dennoch sei zu begrüßen, dass durch die nunmehr zeitnahen Ergebnisse auch mehr Transparenz für die Bürger geschaffen werde. Weitere Gebührenerhöhungen dürfe es jedoch nicht geben, da dies zu einer Verringerung von Steuereinnahmen führe und sich somit als Mindereinnahmen zum Nachteil der Stadt auswirke. Für die Zukunft sei es wichtig, auch brisante Themen anzugehen, um noch mehr Ehrlichkeit in die Diskussion einzubringen. Er biete daher die Bildung einer Arbeitsgruppe für die nächsten Haushaltsberatungen an, die eben diese Themen zur Sprache bringe.

Herr Dr. von Teichman begrüßte die immer mehr den gesetzlichen Vorschriften entsprechende zeitnahe Vorlage der noch ausstehenden Jahresabschlüsse. Dennoch seien die Ergebnisse nicht gerade beruhigend. Die Stadt bewege sich gefährlich nah auf eine Überschuldung zu. Dieser Tendenz müsse dringend entgegen gewirkt werden.

Auf Bitten von **Herrn Biehl** erklärte **Herr Stoffers** die rechtlichen Gründe für die geänderte Abfassung des heutigen Änderungsantrages im Gegensatz zu dem aus dem Finanzausschuss: Der Änderungsantrag aus dem Finanzausschuss habe die Entlastung des ehemaligen Oberbürgermeisters verweigert. Ein solcher Schritt müsse vom Rat begründet werden, was aber aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Verfahren nicht möglich sei. Die heutige Formulierung vertage lediglich die Entlastung und könne somit unbedenklich übernommen werden.

Herr Biehl zeigte sich verwundert, dass diese Gründe nicht bereits im Finanzausschuss zur Sprache gekommen waren.

Die anschließende Abstimmung erfolgte inklusive der beantragten Änderung und ergab folgendes Ergebnis:

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen: Frau Weinstock, Herr Hammadi, beide Gruppe BASU/Hammadi)

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2011 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.

2. Das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Gesamtfehlbetrag i.H.v. **12.599.533,18 €**.

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. 9.127.503,71 € wird auf das Haushaltsjahr 2012 vorgetragen.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses i.H.v. 3.472.029,47 € wird ebenfalls auf das Haushaltsjahr 2012 vorgetragen.

3. Oberbürgermeister Wagner wird für das Haushaltsjahr 2011 Entlastung erteilt.

Die Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters Menzel für das Haushaltsjahr 2011 wird, wie zuvor bereits für die Haushaltsjahre 2009 und 2010, vertagt.

Frau Glaser informierte, der Punkt 9 „Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten“ werde vorgezogen und nun direkt im Anschluss behandelt.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner führte ins Thema ein: Die Stadt werde sich damit auseinanderzusetzen haben, wie sie ihre Strukturen effizienter gestalte. Als erste Schritte seien die soeben beschlossene Verkleinerung des Rates sowie die Änderung der Dezernatsstruktur zu nennen. Einen weiteren Schritt stelle das nunmehr vorliegende Verwaltungs- und Organisationsgutachtens der KGSt zur Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland dar. Das Ergebnis sei heute im Rahmen einer Informationsveranstaltung bereits in Friesland bekannt gegeben worden; gleiches erfolge in der heutigen Ratssitzung, wo Herr Greskowiak von der KGSt die Ergebnisse des Gutachtens vorstellen werde. Als nächste Schritte würden die einzelnen Teile des Gutachtens in die jeweils zuständigen Ausschüsse und Gremien zur Beratung gegeben werden. Die daraus resultierenden Ergebnisse würden zusammengefasst und öffentlich diskutiert werden. Im Dezember müsse der Antrag beim Innenministerium gestellt werden.

Herr Greskowiak stellte im Rahmen einer Präsentation die Ergebnisse des Gutachtens vor.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

Im Anschluss bestand für die Ratsmitglieder die Möglichkeit, Fragen an den Referenten zu richten.

An der Diskussion beteiligten sich die **Herren Sokolowski, Oberbürgermeister Wagner, Biehl** und **Dr. von Teichman** sowie **Frau Hansemann**.

Frau Glaser machte abschließend darauf aufmerksam, dass sowohl das Gutachten als auch die Präsentation ab sofort auf den Seiten der Stadt im Internet wie auch im Intranet abrufbar seien.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 18.10 Uhr bis 18.20 Uhr** unterbrochen.

8.1.6 Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2014

221/2013

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung wurde mit den Vorlagen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft fortgefahren:

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 28.10.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete diesen Bericht als wichtiges Kontrollmerkmal für die Aufsicht, um zu wissen, inwieweit die Haushaltsbeschlüsse umgesetzt werden. Bezüglich der Einführung der neuen Parkgebühren wolle er darauf aufmerksam machen, dass diese laut Bericht nicht den erhofften Ertrag zu bringen scheinen. Er vermisse zudem die Ausweisung des dafür erforderlichen Aufwands, der seiner Einschätzung nach den ohnehin nur geringen Ertrag übersteigen würde. Er appelliere daher, diese Geräte wieder abzuschaffen.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2014 sowie die zugehörige Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

8.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)8.2.1 69. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 **222/2013**-Heppenser Groden Nord/Zum Ölhafen-Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 22.10.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung die **69. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven - - HEPPENSER GRODEN NORD / ZUM ÖLHAFEN -** zur Feststellung.

Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB in der Fassung vom 02.10.2013 wird beschlossen und ist der 69. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 gem. § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch beigelegt.

Mit dieser Beschlussfassung wird bestimmt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

8.2.2 Bebauungsplan Nr. 219 **224/2013**-Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen -Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 22.10.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung den **Bebauungsplan Nr. 219 – HEPPENSER GRODEN NORD / ZUM ÖLHAFEN –** als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 02.10.2013 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

8.2.3 72. Änderung des Flächennutzungsplans 1973
- Logistikpark Langewerth - Entwurfsbeschluss

223/2013

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 22.10.2013 vor.

Zwischen den Herren Walzner, Dr. von Teichman, Sokolowski, Hellwig und Prof. Reuter wurde die Einrichtung des Logistikparks diskutiert.

Dabei standen **Herr Walzner**, **Herr Dr. von Teichman** und **Herr Sokolowski** dem Vorhaben skeptisch gegenüber. Zum einen entstünden damit hohe Kosten für die ohnehin verschuldete Stadt, ohne dass es bereits Investoren gebe, dafür jedoch einen weiteren Logistikpark in unmittelbarer Nachbarschaft im Landkreis Friesland. Zum anderen sei ursprünglich gegenüber den Anwohnern lediglich der Bau eines Umspannwerkes, nicht aber die Einrichtung eines Gewerbe- und Industrieparks kommuniziert worden. Zum Schutz der Anwohner vor den erhöhten Emissionen eines Gewerbe- und Industriegebietes sei die Erhaltung des ursprünglichen breiten Grüngürtels von großer Bedeutung. Dieser dürfe nicht der Bildung weiterer Flächen geopfert werden. Auch müsse bedacht werden, dass mit der Errichtung des Logistikparks ein Stück Natur zerstört werde.

Herr Hellwig wie auch **Herr Prof. Reuter** waren der Ansicht, der heutige Beschluss ergehe als Folge eines langjährigen Flächenankaufs zu eben diesem Zweck. Die Stadt müsse in der Lage sein, möglichen Investoren im Hinblick auf den JadeWeserPort mit entsprechenden Flächen zu dienen, auch wenn dies erfahrungsgemäß einige Zeit in Anspruch nehmen könne. Dazu müsse auch der besagte Grünstreifen so schmal wie möglich gehalten werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 15 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV, Gruppe BASU/Hammadi, UWG-Fraktion, FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der **72. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven** – Logistikpark Langewerth - zu und beschließt, diese einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.2.4 Bebauungsplan Nr. 174 - Logistikpark Langewerth -Entwurfsbeschluss

225/2013

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 22.10.2013 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 15 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV, Gruppe BASU/Hammadi, UWG-Fraktion, FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 174** – Logistikpark Langewerth - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.2.5 Planung von zwei Campingplätzen am Banter See

208/2013

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 22.10.2013 vor.

Herr Becker erinnerte an das Wahlkampfversprechen der WBV, worin besonders für den Bereich am Banter See bessere Wohnqualität propagiert worden sei. Mit diesem heutigen Beschlussvorschlag könne dies erfreulicherweise wahr gemacht werden. Doch wolle er mahnen bei der Bebauung behutsam vorzugehen. In diesem Zusammenhang hoffe seine Fraktion auch auf entsprechende Konzepte für eine Jugendherberge und die Deichhäuser.

Frau Weinstock zeigte sich erfreut über die Einrichtung dieser Campingplätze. Es stelle sich ihr jedoch die Frage, inwiefern diese Planungen nicht in das Konzept Banter See mit einzubinden seien. Zudem frage sie sich, warum der Auftrag an einen externen Betreiber vergeben werden solle, wo doch die Stadt nach einer kurzfristigen Investition hier selbst Einnahmen generieren könne.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erstaunt, dass diese Beschlussvorlage vor Abschluss der Auswertungen der Banter See Konferenz und noch während der Diskussionen im Rahmen des Projektes „Step Plus“ präsentiert werde. Außerdem wolle er an das Vorhaben „Dünenspielgarten“ nach der Expo 2000 erinnern, das aufgrund der am Banter See vermuteten Altlasten nicht verlängert worden sei. Es erstaune ihn, dass dieses Thema hier nun kein Problem darstellen solle. Er bitte aus den genannten Gründen, das Vorhaben seriös anzugehen und die abschließenden Planungen abzuwarten.

Herr Kottek erklärte, das Thema „Campingplatz“ sei bereits lange in der Diskussion. Im Rahmen von „Step Plus“ sei beschlossen worden, alle Themen, die bereits abgearbeitet werden können, vorzuziehen, um den Abschluss zu entzerren. Bezüglich der Altlasten hätten Untersuchungen ergeben, dass es sich bei der ausgewählten Stelle nicht um einen Verdachtsstandort handle, im Gegensatz zum dem Bereich des damaligen „Dünenspielgartens“. Er appellierte abschließend, dort wo es bereits möglich sei, gemeinsam die Themen anzugehen.

In Beantwortung einer Anfrage von **Frau Biester** informierte **Herr Kottek**, bei der heutigen Beschlussvorlage handle es sich zunächst um den Auftrag, planungsrechtlich mit den Vorbereitungen zu beginnen. In einer der nächsten Sitzungen würde dann ein entsprechender Aufstellungsbeschluss vorgeschlagen und im nächsten Schritt eine Ausschreibung für einen Betreiber durchgeführt. Und erst dann könnten auch nähere Informationen zu den entstehenden Kosten vorgelegt werden.

Auf weitere Nachfrage von **Herrn Sokolowski**, der sich erkundigte, ob der planungsrechtliche Rahmen nicht weiter gefasst werden müsste, weil der gesamte Bereich des Banter Sees neu überplant werden solle, erklärte **Herr Kottek**, dass er davon nicht ausgehe, da der Planungsbereich für den Bebauungsplan sicherlich größer sein werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Gegenstimme: FDP)

1. Den Standorten „Östlich Klein-Wangerooge“ sowie „Östlich Hentschelstraße“ wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Der Standort südlich vom Banter See hat erste Priorität.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Standort „Östlich Klein-Wangerooge“ planungsrechtlich zu sichern.

8.2.6 Antrag der Gruppe Grüne/WBV auf Aufhebung des Ratsbeschlusses zum gemeinsamen Antrag Nr. 508/2013 der Fraktionen CDU und SPD: "Stopp Durchbau Jadeallee" **525/2013**

Herr Biehl trug den Antrag der Gruppe Grüne/WBV vor und begründete diesen anschließend ausführlich:

„Der Rat möge beschließen:

Der Ratsbeschluss zur Vorlage 508/2013 wird aufgehoben.“

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass laut ursprünglicher Planung die Jadeallee bis zum „Anton-Dorn-Weg“ durchgebaut werden sollte, um den Schwerlastverkehr abzuleiten. Sofern der Antrag der Gruppe angenommen werden sollte, werde aber seines Erachtens der soeben gefasste Beschluss über die Planung von Campingplätzen am Banter See sinnlos. In diesem Falle nämlich stehe eine hohe Belastung der Campingplätze durch diesen Schwerverkehr zu befürchten.

Frau Breuer machte darauf aufmerksam, dass sich der Antrag inhaltlich Fördergelder für die Wiesbadenbrücke beziehe, die nach dem Beschluss zur Vorlage 508/2013 nicht mehr zur Verfügung stünden.

Der Antrag wurde bei 14 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV, Gruppe BASU/Hammadi, UWG-Fraktion), 28 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Wagner) und 1 Enthaltung (FDP) **mehrheitlich abgelehnt**.

8.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)

8.3.1 Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung **213/2013**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 28.10.2013 vor.

Nachdem **Herr Dr. von Teichman** seine Ablehnung gegenüber dieser Satzungsänderung signalisiert hatte - seiner Meinung nach werde dem Bürger zur Haushaltssanierung zu viel an Abgaben zugemutet bei gleichzeitig viel zu hohem Verwaltungsaufwand - erläuterte **Herr Dr. Graul** den Zweck dieser Satzung: Hier sollte vor allem künftig die Genehmigung zum Aufstellen von Gerüsten für Baumaßnahmen zeitlich begrenzt werden. Sofern diese Begrenzung nicht eingehalten werde, sollten zusätzliche Kosten anfallen. Auf diese Weise wolle die Verwaltung verhindern, dass Behinderungen durch nicht fertiggestellte Baumaßnahmen entstehen.

Im Übrigen stünden die in der Sondernutzungsgebührensatzung enthaltenen Regelungen nicht in Konflikt mit den Werbevertrag der Stadt für feste Werbung. Zudem sei das nach der Satzung gebührenpflichtige Verteilen von Werbematerialien nicht auf Werbung von Parteien oder karitativer Organisationen bezogen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 7 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi; FDP; Herren Becker und von den Berg sowie Frau Linsen-Steiner, alle Gruppe Grüne/WBV)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die vorgelegte Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung inklusive Gebührentarif.

8.3.2 Änderung der Marktgebührensatzung**218/2013**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 28.10.2013 vor.

An dem folgenden regen Austausch zur Bedeutung der Wochenmärkte beteiligten sich **Frau Linsen-Steiner, Herr Dr. von Teichman, Herr Dr. Graul, Frau Breuer, Herr Sokolowski, Frau Biester** und **Herr Harms**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 10 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi; Gruppe Grüne/WBV ohne Frau Lach und Frau Breuer und Herrn von den Berg; FDP; Herr Walpurgis, UWG-Fraktion und 1 Enthaltung: Herr von den Berg, Gruppe Grüne/WBV)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die vorgelegte Satzung zur Änderung der Marktgebührensatzung inklusive Gebührentarif.

8.4 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)8.4.1 Genehmigung des Wirtschaftsplans 2013 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus- Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen (RNK – Eigenbetrieb)**241/2013**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 25.10.2013 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Frau Aulkemeyer** die Zusammensetzung einiger Positionen des Wirtschaftsplanes.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK Eigenbetriebes 2013 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 500.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Wirtschaftsplan 2013 nicht vorgesehen.

8.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter Veh)8.5.1 Verordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung**183/2013**

Herr Föhlinger beantragte gem. § 10 Abs. 1 Buchst. a der Geschäftsordnung die **Nichtbefassung**, da dieses Thema noch nicht abschließend abgearbeitet worden sei.

Frau Breuer wendete ein, dass es hier jedoch um die Legitimation des Vorgehens des Oberbürgermeisters aus dem Sommer gehe und diese nicht aufgeschoben werden dürfe.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es zeichne ein Abschluss des Themas ab, so dass die abschließende Beratung in Kürze erfolgen könne.

Frau Breuer zeigte sich erstaunt über diese Entwicklung und das Fehlen dieser Information im Finanz- und Verwaltungsausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Föhlinger auf Nichtbefassung wurde mehrheitlich angenommen.

8.5.2 Zustimmung zur Übernahme der Erschließungsanlagen für die Entsorgung von Schmutz- und Oberflächenwasser im Bereich des JadeWeserPorts **239/2013**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe vom 28.10.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven übernimmt unentgeltlich und lastenfrei die Erschließungsanlagen zur Schmutz- und Oberflächenentwässerung im Bereich des JadeWeserPorts.

10 Anfragen

10.1 Anfrage Gruppe Grüne/WBV zum Thema "Gutachten zu den Auswirkungen kommunaler Strukturveränderungen der Stadt Wilhelmshaven und des Landkreises Friesland im Rahmen eines Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen" **527/2013**

Herr Biehl erklärte, durch den Vortrag von Herrn Greskowiak habe sich die Anfrage der Gruppe Grüne/WBV fast zur Gänze erledigt. Lediglich die Frage zu Ziffer 5 sei noch zu beantworten:

„Ist eine Entschuldungshilfe durch das Land zeitlich überhaupt noch zu erreichen?“

Dies wurde von **Oberbürgermeister Wagner** bejaht.

B. Einwohnerfragestunde

Nachdem weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur soeben abgehandelten Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Vor Abschluss des öffentlichen Teils machte **Frau Glaser** darauf aufmerksam, dass bei der Besetzung der Ausschüsse die **Benennung der Grundmandate für die UWG-Fraktion** unterblieben sei.

Dazu liege folgende **Erklärung** der UWG-Fraktion vor:

„Die UWG-Fraktion erklärt, dass nunmehr die Grundmandate in den Ausschüssen in der Besetzung wahrgenommen werden wie zuvor auch. Es ergeben sich somit keine Veränderungen.“

Es bestand Einvernehmen darüber, die ausstehenden Grundmandate wie oben beschrieben zu besetzen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin